

## Dienstag, 11. Februar 2025 Vormittag

Vorsitz: Standespräsidentin Silvia Hofmann  
Protokoll: Gian-Reto Meier-Gort  
Präsenz: anwesend: 119 Mitglieder  
entschuldigt: Censi  
Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

---

### 1. Auftrag Crameri betreffend Umsetzung RPG II

Erstunterzeichner: Crameri  
Regierungsvertreter: Caduff

*Antrag Crameri*

Die Unterzeichnenden beauftragen vor diesem Hintergrund die Regierung, rasch möglichst die planerischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die neuen Instrumente des Raumplanungsrechts des Bundes vollumfänglich auszuschöpfen und zu nutzen.

*Antrag Regierung*

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat, den Auftrag zu überweisen.

*Antrag Crameri*

Diskussion

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Abstimmung*

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 93 zu 0 Stimmen bei 24 Enthaltungen.

### 2. Auftrag Horrer betreffend Aufstockung des Rahmenverpflichtungskredits zur Finanzierung von systemrelevanten Infrastrukturen

Erstunterzeichner: Horrer  
Regierungsvertreter: Caduff

*Antrag Horrer*

Die Regierung wird beauftragt, den Rahmenverpflichtungskredit «Systemrelevante Infrastrukturen» gemäss GWE Art. 18 Abs. 2 per sofort um 35 Millionen Franken aufzustocken.

*Antrag Regierung*

Die Regierung beantragt dem Grossen Rat, den Auftrag wie folgt abzuändern:

**Die Regierung wird beauftragt, dem Grossen Rat auf den nächstmöglichen Zeitpunkt hin eine Botschaft zur bedarfsgerechten Äufnung des RVK «Systemrelevante Infrastrukturen» zu unterbreiten.**

*Der Erstunterzeichner unterstützt den Abänderungsantrag der Regierung.*

*Abstimmung*

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags der Regierung mit 107 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

**3. Anfrage Cahenzli-Philipp (Untervaz) betreffend Betreuungsplätze in Pflegefamilien**

Erstunterzeichnerin: Cahenzli-Philipp  
Regierungsvertreter: Caduff

*Antrag Cahenzli-Philipp*  
Diskussion

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Erklärung*  
Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

**4. Anfrage Tomaschett betreffend Tempo 50 auf der Umfahrungsstrasse Laax**

Erstunterzeichner: Tomaschett  
Regierungsvertreterin: Maissen

*Antrag Tomaschett*  
Diskussion

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Erklärung*  
Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

**5. Anfrage Bischof betreffend Sicherstellung zeitnaher Erreichbarkeit von Gebäreinrichtungen in Graubünden**

Erstunterzeichnerin: Bischof  
Regierungsvertreter: Peyer

*Antrag Bischof*  
Diskussion

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

*Erklärung*  
Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

**6. Anfrage Danuser (Chur) betreffend Prävention menschenfeindlicher Einstellungen und Jugendarbeit**

Erstunterzeichnerin: Danuser (Chur)  
Regierungsvertreter: Peyer

*Erklärung*

Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

## 7. Auftrag Derungs betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau

Erstunterzeichner: Derungs  
Regierungsvertreter: Parolini

### *Antrag Derungs*

Vor diesem Hintergrund beauftragen die Unterzeichnenden die Regierung, folgende Massnahmen zu ergreifen:

#### 1. Maximale Ausnutzung des Handlungsspielraums:

Die Regierung und die betroffenen Ämter sollen in der Ausführung und Praxis der bestehenden Gesetze alle möglichen Spielräume nutzen. Dabei soll die Regierung aufzeigen, wo und wie diese Spielräume auf kantonaler Ebene erweitert werden könnten.

#### 2. Erleichterungen auf kantonaler Gesetzesebene:

Die Regierung soll prüfen und darlegen, in welchen Bereichen auf kantonaler Ebene gesetzgeberische Anpassungen möglich sind, um die Rahmenbedingungen für Deponien und Materialabbau zu erleichtern. Darauf basierend soll die Regierung dem Grossen Rat konkrete Gesetzesvorschläge unterbreiten, die den dezentralen Betrieb von Deponien und Materialabbaugebieten fördern.

#### 3. Einflussnahme auf Bundesebene:

Die Regierung soll aufzeigen, in welchen Bereichen auf Bundesebene Änderungen notwendig sind, um die spezifischen Bedürfnisse des Kantons Graubünden besser zu berücksichtigen. Die Regierung wird beauftragt, sich aktiv bei den zuständigen Bundesämtern, den Bündner Bundesparlamentariern sowie anderen relevanten Institutionen und Gremien einzubringen, um notwendige Gesetzesänderungen auf Bundesebene anzustossen.

### *Antrag Regierung*

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den Auftrag betreffend den Punkt 1 zu überweisen und als erledigt abzuschreiben, betreffend den Punkt 2 abzulehnen und betreffend den Punkt 3 wie folgt abzuändern:

**Die Regierung wird beauftragt, anlässlich der nächsten jährlichen Besprechung mit der Direktion des BAFU die Bewilligungspraxis für Unterschreitungen der Mindestgrösse von Typ A Deponien zu besprechen, mit dem Ziel, allfälliges Optimierungspotenzial für spezielle Situationen zu identifizieren.**

*Der Erstunterzeichner hält am Auftrag in der ursprünglichen Fassung fest.*

#### *1. Abstimmung*

In Gegenüberstellung des Antrags Derungs und des Antrags der Regierung obsiegt der Antrag Derungs mit 74 zu 28 Stimmen bei 1 Enthaltung.

#### *2. Abstimmung*

Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne des Antrags Derungs mit 76 zu 27 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## 8. Anfrage Casale betreffend Bildung eines Fonds für die geschichtliche Aufarbeitung kritischer Geschehnisse in den Bündner Regionen/Talschaften

Sprecher: Mächler  
Regierungsvertreter: Parolini

### *Antrag Mächler*

Diskussion

*Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

### *Erklärung*

Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Landespräsidentin: Silvia Hofmann

Der Protokollführer: Gian-Reto Meier-Gort